



öffentlich

**Betreff:**

Konzept Verkehrserziehung

Erstellungsdatum 28.08.2001

Eingang 02:

**Einreicher:** André Stephan

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
12.09.2001	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

**Beschlussvorschlag:** Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit dem Staatlichen Schulamt, den in Potsdam ansässigen ÖPNV-Anbietern, der Polizei sowie daran interessierten Verkehrsverbänden ein Konzept für die schulische Verkehrserziehung zu erarbeiten.  
Ziel soll es sein, ein integriertes Unterrichtsmodul für die Primarstufe zu erarbeiten, mit dem Schülerinnen und Schülern wesentliche Punkte, wie Sicherheit und Ordnung im Straßenverkehr sowie insbesondere Arten und Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel, nahe gebracht werden.

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Entscheidungsergebnis**

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgezogen			

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Mit dem beantragten Konzept soll bezweckt werden, dass junge Schülerinnen und Schüler frühzeitig mit den Grundlagen des Zusammenlebens und Fortbewegung im öffentlichen Straßenverkehr vertraut gemacht werden (wie z.T. auch bereits in Grundschulen Standard). Darüber hinaus aber erachtet es der Antragsteller für unabdingbar, auch in dieser Altersgruppe bereits verstärkt auf die Möglichkeiten des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) aufmerksam zu machen und für seine Nutzung frühzeitig zu werben. Zwar sind in dieser Altersgruppe Alternativen zum ÖPNV nur in beschränkter Anzahl vorhanden, doch kann sich der Effekt dieser Maßnahme auch auf späteres Handeln erstrecken.

Die Erfahrungen, die von privater Hand (z.B. Verkehrswacht) und öffentlichen Verkehrsunternehmen (z.B. Havelbus Verkehrsgesellschaft) in diesem Bereich schon gesammelt wurden, sollten dabei zur Grundlage gemacht werden.

Den Schulen soll ein gemeinsames Angebot der beteiligten Partner unterbreitet werden, welches u.U. bedarfsgerecht ausgebaut oder eingeschränkt werden kann. Hierbei sind gemeinsam mit dem Staatlichen Schulamt entsprechende Handlungsformen auszuloten.